Stadt Luzern
Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
www.grstr.stadtluzern.ch

T +41 41 208 88 76
grstr@stadtluzern.ch

Postulat 259

Kitas für alle Lebensrealitäten

Sophia Müller, Valentin Humbel und Pascale Koch namens der SP/JUSO-Fraktion vom 5. Oktober 2026

Kinderbetreuung muss dann verfügbar sein, wenn Familien sie brauchen und nicht nur während der üblichen Arbeitszeiten. Der Stadtrat wird beauftragt, Lücken im Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung in der Stadt Luzern zu prüfen und Massnahmen zu deren Schliessung aufzuzeigen. Im Fokus stehen insbesondere Randzeiten, Schichtarbeit, Wochenenden und Feiertage sowie Betreuungsbedürfnisse, die nicht unmittelbar mit Erwerbsarbeit zusammenhängen und kurzfristige und flexible Buchungsmöglichkeiten. Wo bestehende Angebote diese Bedürfnisse nicht ausreichend abdecken, soll die Schaffung eines ergänzenden städtischen Angebots geprüft werden.

Familien sind auf eine verlässliche Kinderbetreuung angewiesen. Das heutige Angebot orientiert sich jedoch weitgehend an regulären Arbeitszeiten und an der Erwerbstätigkeit der Eltern. Damit entstehen Lücken, etwa für Eltern, deren Arbeitszeiten ausserhalb der üblichen Betreuungszeiten liegen. Gerade in Branchen, die für das Funktionieren unserer Stadt unverzichtbar sind, wird ausserhalb der üblichen Zeiten gearbeitet: in der Pflege, in der Gastronomie, im öffentlichen Verkehr und in der Reinigung. Für sie, besonders für Alleinerziehende, ist fehlende Betreuung zu Randzeiten eine Frage der Gleichstellung, der Chancengleichheit und der Fachkräftesicherung.

Kinderbetreuung ermöglicht zudem weit mehr als Erwerbsarbeit. Sie schafft Freiräume für Aus- und Weiterbildung, ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement oder punktuelle Entlastung im Familienalltag. Insbesondere Vereinsarbeit bedarf oft eine stundenweise und flexible Betreuung mit kurzfristiger Buchungsmöglichkeit.

Die Stadt Luzern will eine familienfreundliche Stadt sein. Die Stadt soll deshalb bestehende Versorgungslücken identifizieren und aufzeigen, wie diese geschlossen werden können. Wo private und gemeinnützige Angebote nicht ausreichen, soll die Schaffung eines städtischen Angebots als Option geprüft werden.